

Im Fokus

China und die nukleare Herausforderung Nordkoreas

China and the North Korean Nuclear Challenge

David Shim

Abstract

On October 9th, 2006 North Korea conducted the first nuclear test in the history of the Korean peninsula, making it the ninth nuclear weapons state. Amid signs of improved relations between the triangle China, Japan and South Korea, they were faced with an unprecedented security challenge in North East Asia in recent years. Destabilization of the region with an imminent nuclear arms race and escalation of tensions were feared. The article begins with an overview of the circumstances during the nuclear crisis and the Chinese reactions. It further discusses motives and goals behind the North Korean decision and reviews implications for the Chinese policy.

Keywords: North Korea, China, nuclear arms test, Chinese response, North Korean motives, nuclear armament

Einleitung

Anfang Oktober 2006 gab es zwei Meldungen aus Ostasien, die viel Resonanz gefunden und Anlass zur Hoffnung auf eine Verbesserung der belasteten ostasiatischen Beziehungen gegeben haben: die Wahl des südkoreanischen Außenministers Ban Ki-moon zum neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN) und die Gipfeltreffen der Staatsoberhäupter Chinas, Japans und Südkoreas.

Die erste Auslandsreise des neuen japanischen Premierministers Shinzo Abe führte ihn nicht wie üblich in die USA, sondern zunächst nach China (8. Oktober 2006) und dann nach Südkorea (9. Oktober 2006). Abe setzte damit ein symbolisches Zeichen und betonte, dass er Wert auf die Pflege bzw. Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen lege. Die Treffen Abes mit dem chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao und dem südkoreanischen Präsidenten Roh Moo-hyun beendeten eine lang andauernde diplomatische Eiszeit. Es hatte fünf Jahre

gedauert, bis ein japanischer Regierungschef von seinem chinesischen Kollegen empfangen wurde. Ungefähr ein Jahr lang hatten sich die politischen Führer Japans und Südkoreas ebenfalls nicht mehr getroffen. China und Südkorea verweigerten dem ehemaligen Premierminister Jun'ichiro Koizumi aufgrund seiner umstrittenen Besuche des Yasukuni-Schreins bis zuletzt bilaterale Treffen.

Als Japan auch noch bekannt gab, es unterstütze die Kandidatur des südkoreanischen Außenministers um die Nachfolge von VN-Generalsekretär Kofi Annan (*The Japan Times* 2006a), und China und Südkorea ebenfalls zu einem Gipfel – dem ersten Arbeitstreffen zwischen einem chinesischen und einem südkoreanischen Staatsoberhaupt seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1992 überhaupt – zusammenkamen, um u.a. ihr angespanntes Verhältnis wegen eines Streits um die Vereinnahmung des historischen Königreiches Koguryo 37 v. Chr. bis 668 n. Chr. im nördlichen Teil der koreanischen Halbinsel und Teilen der Mandschurei durch China zu entlasten, gab es begründete Hoffnungen auf eine Verbesserung und Entspannung der regionalen Situation.

Nachdem dann indes die nordkoreanische Führung die Zündung einer Atom-bombe ankündigte, überschattete die Nachricht vom Nukleartest die positiven Meldungen und führte zu scharfen Reaktionen der internationalen Gemeinschaft.

Die Analyse zeichnet zunächst die Umstände des Nukleartests und die Reaktionen Chinas nach. Mögliche Beweggründe und Ziele der nordkoreanischen Führung sollen anschließend diskutiert werden. Am Ende wird auf die Bedeutung und die Folgen der Ereignisse für China eingegangen.

Nordkoreas Atomtest

Am 3. Oktober 2006 veröffentlichte die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA eine Mitteilung des Außenministeriums, wonach Nordkorea einen Atomwaffentest plane, um seine Verteidigungsfähigkeit gegenüber der feindlichen Politik der USA zu stärken. Die extreme Bedrohung seitens der USA mit einem Atomkrieg zwingt Nordkorea zu einem Nukleartest. Der Atomtest sei wesentlich, um die nukleare Abschreckung Nordkoreas zu stärken und sei eine Maßnahme zur Verteidigung, so die Erklärung (KCNA 2006a). Angaben über einen möglichen Zeitpunkt wurden nicht gemacht. Gleichzeitig gab das Außenministerium bekannt, man werde Nuklearwaffen niemals als Erster einsetzen und nicht weitergeben. Etwas widersprüchlich hieß es weiter, man strebe nach wie vor eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel an.

Innerhalb einer Woche, nämlich am 9. Oktober, machte die Führung in Pjöngjang ihre Drohung wahr und zündete trotz internationaler Bedenken und

Warnungen die erste Atombombe in der Geschichte der koreanischen Halbinsel.

Das Außenministerium ließ mitteilen,

“the DPRK successfully conducted an underground nuclear test under secure conditions on October 9, Juche 95 [2006] at a stirring time when all the people of the country are making a great leap forward in the building of a great, prosperous and powerful socialist nation (KCNA 2006b).”

Weiter wurde versichert, dass von dem Test keine Gefahr wie radioaktive Strahlung ausgehe, da man diese sorgsam berechnet und mit wissenschaftlicher Betrachtung ausgeführt habe. Stolz wurde mitgeteilt, die Zündung wurde mit Weisheit und 100-prozentiger einheimischer Technologie durchgeführt und trage dazu bei, den Frieden und die Stabilität auf der koreanischen Halbinsel und in der umliegenden Region zu verteidigen (IHT, 10.10.06).

Es war zunächst unklar, ob es sich bei den von mehreren Messstationen registrierten seismischen Erschütterungen um einen tatsächlichen oder nur um einen vermeintlichen Nukleartest handelte. Auch über die Stärke der Detonation gab es keine genauen Angaben. In Europa und Amerika sprach man von einer kleinen Explosion mit der Sprengkraft von einer Kilotonne TNT oder weniger. Nach Angaben des südkoreanischen Instituts für Geowissenschaften hatte die Sprengladung eine Stärke von 550 Tonnen TNT. Russischen Daten zufolge war die Wucht der Explosion wesentlich stärker. Sie schätzten die Stärke auf 5-15 Kilotonnen (FAZ, 10., 11.10.06). Die Sprengkraft der ersten Nukleartests bei anderen Atommächten schwankte meist zwischen 10 und 60 Kilotonnen. Die im August 1945 über Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen Atombomben hatten z.B. eine Stärke von 15 bzw. 21 Kilotonnen TNT. In einer kurzen Mitteilung bestätigte dann die US-amerikanische Regierung den Atomversuch. Nach Angaben des Büros des Nationalen Geheimdienstdirektors John Negroponte sei in Luftproben Radioaktivität nachgewiesen worden. Die Bombe habe eine Sprengkraft von weniger als einer Kilotonne gehabt (IHT, 17.10.06).

Chinas Reaktionen

Ungeachtet der tatsächlichen Sprengkraft der Atombombe, sorgte der Nukleartest für schwere Erschütterungen in den chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen. Beijing hatte Pyonyang bereits nach der Ankündigung über einen bevorstehenden Test mit ungewöhnlich deutlichen Worten gewarnt und ernste Konsequenzen im Falle einer Zündung angedroht. Das Außenministerium forderte „Ruhe und Zurückhaltung“ von Nordkorea. Der chinesische VN-Botschafter Wang Guangya erklärte, niemand werde Pyonyang für sein „schlechtes Verhalten“

beschützen, falls es seine Absichten wahr machte (IHT, 6.10.06; XNA, 4.10.06). China vermeidet es für gewöhnlich Nordkorea direkt anzusprechen und ruft im Allgemeinen „alle Beteiligten“ zur Zurückhaltung auf.

Als Pyongyang trotz eindringlicher Warnungen den Test durchführte – die Regierung in Beijing wurde nur 20 Minuten vorab informiert – protestierte die chinesische Führung scharf und drückte ihre entschiedene Ablehnung des „skrupellosen“ Verhaltens Nordkoreas aus. In einer Erklärung hieß es,

„the DPRK ignored universal opposition of the international community and flagrantly conducted the nuclear test on Oct. 9. The Chinese Government is resolutely opposed to it (XNA, 9.10.06).“

Als „skrupellos“ werden für gewöhnlich ehemalige Feinde oder Gegner bezeichnet. So nannte man z.B. die Besuche des ehemaligen japanischen Premierministers Junichiro Koizumi am umstrittenen Yasukuni-Schrein oder die versehentliche Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch amerikanische Kampfflugzeuge während des Jugoslawienkriegs 1999 „skrupellos“ oder „abscheulich“ (BBC PF, 25.6.99; XNA, 15.8.01). Zum ersten Mal in der Geschichte der chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen wurde jedoch diese Bezeichnung verwendet, die sonst für die einstigen Feinde Chinas reserviert war.

Nachdem Nordkorea gegen den Willen Chinas im Juli mehrere Raketen testete, war dies schon das zweite Mal, dass Pyongyang nicht auf seinen einzigen Verbündeten hörte. Bemerkenswert war die Äußerung eines Sprechers des Außenministeriums der auf einer Pressekonferenz mitteilte, es gebe zwischen China und Nordkorea keine Allianz, sondern lediglich reguläre Beziehungen wie zu anderen Staaten auch. Zugleich versicherte er aber, China wolle weiterhin ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu Nordkorea pflegen und formulierte drei Ziele der chinesischen Koreapolitik. So solle die koreanische Halbinsel atomwaffenfrei bleiben, es müsse Frieden gewahrt und die Abrüstungsverhandlungen um das nordkoreanische Nuklearwaffenprogramm sollten wieder aufgenommen werden (ST, 11.10.06; XNA, 11.10.06; FAZ, 11.10.06).

In den Tagen nach dem Atomtest deutete sich vor dem Hintergrund einer bevorstehenden Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Sanktionen gegen Nordkorea ein Wechsel der bisherigen chinesischen Nordkoreapolitik an, in der man bislang stets auf Anreize und nicht auf Bestrafung setzte. Zwar wurde in der Resolution auf Drängen Chinas und Russlands der Bezug auf Artikel 42 der VN-Charta, der den Einsatz von Luft-, See, und Landstreitkräften zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erlaubt, gestrichen, die erneute Zustimmung Beijings –

nach dem Sanktionsbeschluss wegen der Raketentests vom Juli – zu (verschärften) Strafmaßnahmen gegen die nordkoreanische Führung war jedoch beispiellos.

So beschloss der VN-Sicherheitsrat am 14. Oktober weitreichende Sanktionen gegen Nordkorea. In der Resolution 1718 wurde gemäß Kapitel VII der VN-Charta eine klare Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit festgestellt und tiefe Besorgnis über den Atomtest zum Ausdruck gebracht. Nach Kapitel VII Artikel 41, der ausdrücklich militärische Maßnahmen ausschließt, wurde ein Handelsembargo für schwere Waffen (Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, großkalibrige Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge, Helikopter, Raketen oder Raketensysteme und Kriegsschiffe) und Luxusgüter verhängt. Der Entschluss ermöglicht ferner die Inspektion aller Ein- und Ausfuhren Nordkoreas, die im Zusammenhang mit Massenvernichtungswaffen und anderen Rüstungsteilen stehen. Alle Mitglieder werden aufgefordert den Verkauf und die Weitergabe von Material, Güter und Technologie für das nordkoreanische Nuklearwaffenprogramm zu unterbinden. Zudem sollen Guthaben eingefroren werden, die das nordkoreanische Raketen- und Atomwaffenprogramm unterstützen könnten (UNSC 2006).

China begann kurz nach der Verabschiedung der Resolution mit Waffen- und Güterkontrollen an der Grenze zu Nordkorea. Außerdem wurde der Bau eines Grenzzauns beschleunigt (SCMP, 17.10.06; ST, 17.10.06). Beobachter waren sich aber nicht darüber einig, ob damit der illegale Grenzhandel unterbunden werden sollte oder ob die chinesische Regierung die bei einer Verschärfung der Versorgungslage zu erwartenden Flüchtlingsströme vorbeugen wollte. Zudem haben chinesische staatseigene Banken weitere über die Resolution hinausgehende Schritte unternommen und finanzielle Transaktionen nach Nordkorea gestoppt. Durchsuchungen in China bei Einzelpersonen und Unternehmen wurden ausgeweitet, die im Zusammenhang mit Vorwürfen der Geldwäsche und -fälschung im Auftrag von Pyongyang stehen. Die Fluggesellschaft China Southern Airlines, die einzige chinesische Fluglinie nach Pyongyang, gab bekannt, Flüge in die nordkoreanische Hauptstadt auszusetzen (*The Japan Times* 2006b; IHT, 20.10.06).

China beharrt jedoch darauf, keine eigenen Inspektionen bei von oder nach Nordkorea fahrenden Schiffen durchzuführen (FAZ, 21.10.06). Beijing möchte Situationen vermeiden, die zu einer Verschlechterung der Lage führen könnten. Nordkorea hatte die vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen als Kriegserklärung bezeichnet und gedroht „erbarmungslos“ zurückzuschlagen, falls seine Souveränität verletzt werden sollte (IHT, 17.10.06).

Der Volksrepublik kommt bei der Umsetzung der VN-Sanktionen eine Schlüsselrolle zu, da Nordkorea – neben dem Wirtschaftsverkehr mit Südkorea – maßgeblich auf den Handel und die Hilfe aus Beijing angewiesen ist. So machte der bilaterale Handel letztes Jahr 52,6% des gesamten nordkoreanischen Außenhandels aus. Der Gesamtwert stieg im Vergleich zu 2004 um 14 Prozent auf 1,58 Mrd. US\$ (Köllner 2006: 121). Eingeführt werden vor allem Energieerzeugnisse, wie Kraftstoffe oder Öl, welche 2005 einen Wert von 286 Mio. US\$ erreichten (Aden 2006: 5). Schätzungsweise 80-90% des nordkoreanischen Ölimports deckt China mit seinen Lieferungen, die über Pipeline-Verbindungen zu vergünstigten Preisen in das heruntergewirtschaftete Land gebracht werden (IHT, 20.10.06). Dass China willens ist Einfluss auf das nordkoreanische Verhalten zu nehmen, hat sich z.B. vor drei Jahren gezeigt, als chinesische Öllieferungen nach Nordkorea kurzzeitig unterbrochen worden waren, um die Führung in Pyongyang zur Rückkehr zu den Verhandlungen über die Abrüstung ihres Atomwaffenprogramms zu bewegen.

Motive Nordkoreas

In der Analyse über die mutmaßlichen Motive Nordkoreas zur Zündung bzw. zum Erwerb von Kernwaffen können drei Ansätze benannt werden, die nicht voneinander getrennt, sondern eher miteinander verwoben sind. Interpretiert wird der Atomtest als

- Abschreckung zur Regimesicherung,
- taktisches Kalkül und
- Abwendung innerer Schwäche.

In dem an Spekulationen und Vermutungen reichen Diskurs über mögliche nordkoreanische Beweggründe für das Streben nach Atombomben ist der Aspekt der Regimesicherung dominant (vgl. Quinones 2006; Harnisch 2003). Die nordkoreanische Führung um Kim Jong-il bemühe sich um nukleare Massenvernichtungswaffen, weil diese in deren Augen die einzige Garantie darstellten, die Existenz der politischen Elite in Nordkorea aus eigener Kraft zu gewährleisten. Der geliebte Führer setzt lieber auf sich bzw. auf seine Führung. Das hat nicht nur seine Entscheidung – trotz eindringlicher chinesischer Warnungen – für den Atomtest gezeigt, sondern auch eine Bemerkung, wonach die traditionellen Schutzmächte China und Russland unzuverlässig seien und man selbst mit Problemen fertig werden müsse (ST, 28.8.06). Die Äußerungen bezogen sich auf das Verhalten Chinas und Russlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die zusammen mit den anderen Vetomächten USA, Großbritannien und Frankreich

die Raketentests Nordkoreas im Juli in einer Resolution verurteilt und begrenzte Sanktionen verhängt hatten (Giese 2006).

Vor diesem Hintergrund kann das Verhalten der nordkoreanischen Führung nicht unbedingt als irrational bewertet werden. Denn, wenn die Selbsterhaltung oberstes Ziel der Führung ist, kann durchaus von einer rationalen Verhaltensweise Nordkoreas ausgegangen werden, da die eigene Sicherheit mit dem Besitz von Atomwaffen verbunden wird. Daher fordert Pyonyang seit jeher Sicherheitsgarantien von den USA für die Aufgabe seines Atomwaffenprogramms. Allerdings könnte die Verknüpfung von Atomwaffenbesitz und eigener Existenzsicherung negative Auswirkungen auf die Abrüstungsbestrebungen der an den Sechs-Parteien-Gesprächen beteiligten Seiten haben, an denen neben Nordkorea die USA, China, Russland, Japan und Südkorea beteiligt sind. In dieser Konsequenz könnten die Atomwaffen als nicht verhandelbar betrachtet werden, da ein Verzicht auf Nuklearwaffen aus Sicht Pyonyangs der Preisgabe der Sicherheit Nordkoreas gleichkommt.

Der Atomwaffentest Nordkoreas kann auch als kalkulierter taktischer Schritt interpretiert werden, um Zugeständnisse wie z.B. Sicherheitsgarantien, die Aufhebung von Sanktionen, direkte Gespräche mit den USA, Hilfsleistungen oder die Einbindung in die internationale Gemeinschaft zu erzwingen (vgl. Kim 2002; Maull 2002; Gerschewski/Köllner 2006). In diesem Fall wäre das Nuklearwaffenprogramm verhandelbar und Nordkorea bereit, es für bestimmte Gegenleistungen aufzugeben. Dass Pyonyang im Ergebnis mit seiner risikoaffinen Politik der Zwangsdiplomatie öfter Zugeständnisse eingeräumt worden sind, zeigen z.B. die 1990er Jahre. So hatte der Streit um das nordkoreanische Atomprogramm die Aufnahme direkter Verhandlungen mit Washington den Weg gebahnt, in dessen Folge 1994 das Genfer Rahmenabkommen zwischen Nordkorea und den USA unterzeichnet worden war. Für das Einfrieren seines Nuklearprogramms wurden Nordkorea zwei Leichtwasserreaktoren und große Mengen von Öllieferungen zugesichert. Nach dem Raketentest über Japan im August 1998 und nachdem die Vorkehrungen für einen erneuten Raketenstart eines verbesserten Typs bekannt geworden waren, erreichte die nordkoreanische Regierung für ein Moratorium von Raketenstarts eine Lockerung von Wirtschaftssanktionen.

Überhaupt ist in den Entwicklungen der letzten Jahre um die Nuklearkrise in Nordostasien eine klare Tendenz nordkoreanischer Provokationen erkennbar, die allerdings z.T. auch als Reaktion auf das Verhalten der USA interpretiert werden können, so etwa die Verortung Nordkoreas in die Achse des Bösen im Januar 2002, die Bezeichnung Pyonyangs als Außenposten der Tyrannei im Januar

2005 oder die Verhängung von Finanzsanktionen im September 2005.

2002 legte der damalige US-Sondergesandte James Kelly Beweise für ein verdecktes Programm zur Urananreicherung vor. Um den Jahreswechsel 2002/2003 kündigte die nordkoreanische Führung den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV), der die Unterzeichnerstaaten in regelmäßigen Abständen zu Kontrollen ihrer Atomanlagen verpflichtet hatte, und wies die dafür zuständigen Inspektoren der internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) aus. Im Februar 2005 erklärte sich Nordkorea offiziell zur Atommacht. Seit September desselben Jahres boykottierte Pyongyang die Sechs-Parteien-Gespräche, die auf die Abwicklung des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms zielen. Im Juli 2006 testete das nordkoreanische Militär dann mehrere Kurz- und Langstreckenraketen (Hilpert/Möller 2006). Der Nukleartest vom Oktober stellt in dieser Hinsicht nur die nächste Stufe der nordkoreanischen Eskalationslogik dar.

Eine dritte Interpretationsmöglichkeit ist, den Test als Zeichen der (inneren) Schwäche zu deuten. In einer Studie über den Zustand des politischen Systems in Nordkorea konstatiert Lankov (2006) das Ende des nordkoreanischen Stalinismus. Wirtschafts- und Hungerkrisen, Reformen wie die Zulassung von Märkten und kleinen Geschäften, Korruption und ein verstärkter Zufluss unzensurierter Informationen hätten zu einer Schwächung der politischen Elite und ihrer Kontrolle in Nordkorea geführt. Lankov beobachtet einen „rasanten Wandel“ (Lankov 2006: 118) in Nordkorea und resümiert: „North Korea is no longer a Stalinist state“ (ebd. 121).

Ein weiteres Indiz für die schwindende Kontrolle und desolate Lage Nordkoreas könnte die steigende Zahl der Überläufer und Flüchtlinge sein. Nach Aussagen von Menschenrechtsorganisationen sind während der großen Hungerkatastrophe Mitte der 1990er Jahre, von der immer noch nicht bekannt ist, wie viele Menschen umgekommen sind, schätzungsweise 100.000 bis 300.000 Nordkoreaner nach China geflohen. Südkoreanischen Regierungsangaben zufolge flohen seit Ende des Korea-Kriegs 1953 zwar insgesamt nur 8.740 Nordkoreaner in den Süden. 7.000 kamen allerdings allein in den letzten vier Jahren an (IHT, 19.10.06). Auch in einem im Oktober veröffentlichten Bericht zur nordkoreanischen Flüchtlingsproblematik der International Crisis Group (ICG) ist von einer zunehmenden Durchlässigkeit der chinesisch-nordkoreanischen Grenze die Rede (ICG 2006). So gibt es nach Informationen der ICG eine beträchtliche Anzahl von Nordkoreanern, die gegen Bestechung die Grenze zu China kurzzeitig für Familientreffen, medizinische Behandlungen oder Arbeit überqueren und danach nach Nordkorea zurückkehren. Ein Grenzübertritt soll bis zu 50 US\$ kosten.

Peter Beck, der Direktor des Nordostasienprojekts der International Crisis Group und einer der Autoren der Studie, konstatiert eine schwächer werdende Kontrolle des Staates an den Rändern. Die meisten Flüchtlinge stammten aus den ländlichen Regionen und weniger aus dem Gebiet um Pyonyang (IHT, 19.10.06).

Dazu kommt, dass die von den USA im September 2005 beschlossenen Finanzsanktionen offenbar Wirkung entfalten. So verfügte das US-Finanzministerium, dass keine US-amerikanischen Kreditanstalten Geschäfte mit der in Macau ansässigen Banco Delta Asia tätigen dürfen. Die USA beschuldigten die Bank der Geldwäsche mit von Nordkorea gefälschten US-Dollarnoten. Daraufhin wurden alle nordkoreanische Konten gesperrt und Guthaben in Höhe von ca. 24 Mio. US\$ eingefroren (WSJ, 10.7.06). Schwerer als das Einfrieren des Vermögens wog jedoch die Signalwirkung, die von den Strafmaßnahmen ausging. So haben mehrere Finanzinstitute – aus Furcht vor US-amerikanischen Sanktionen – Abstand von Geschäften mit Nordkorea genommen, sodass in der Folge nordkoreanische Banken und Händler erhebliche Schwierigkeiten bei der Suche nach Geldgebern hatten (WSJ, 14.2.06). Selbst legale Transaktionen wurden nicht mehr unternommen. Daher verknüpft Pyonyang seit Verhängung der Sanktionen die Fortsetzung der Sechs-Parteien-Gespräche mit der Aufhebung der Strafmaßnahmen. Vor diesem Hintergrund könnte der Kim Jong-il unter wachsendem internen Druck stehen, da er mit seinen schrumpfenden Ressourcen jene Helfer aus Militär und Partei belohnen muss, die ihn stützen.

Nuklearer Rüstungswettkampf nach dem Atomtest?

Eine der größten Sorgen nach dem Nukleartest bezog sich auf die Möglichkeit eines atomaren Wettrüstens in der Region. Japan könne sich angesichts der nuklearen Bedrohung durch Nordkorea (und China) gezwungen sehen, selbst mit Atomwaffen aufzurüsten. Südkorea, einer nordkoreanischen, möglichen japanischen und chinesischen Atommacht gegenüber stehend, würde sich ebenfalls veranlasst sehen, nach Kernwaffen zu greifen. In Taiwan, dem die VR China im Falle einer Unabhängigkeitserklärung mit Krieg gedroht hat, könne diese Begebenheit ebenso Signalwirkung haben.

Bestimmte Entwicklungen in Japan kurz nach dem nordkoreanischen Nukleartest ließen leichte Anzeichen in diese Richtung erkennen. Der japanische Außenminister Taro Aso warnte Nordkorea bereits im Vorfeld des Atomtests vor scharfen Reaktionen Japans im Falle einer Zündung (FAZ, 4.10.06). Tage nach dem Test sprach sich Aso für eine Diskussion über den Erwerb von Atomwaffen aus, nahm seine Bemerkungen aber später wieder zurück (Nikkei Net Interactive

2006a, 2006b). Kurz zuvor hatte der Vorsitzende des Politikrats der japanischen Regierungspartei und eine der maßgeblichen sicherheitspolitischen Stimmen der LDP, Shoichi Nakagawa, in einem Interview erklärt, die Verfassung schließe den Besitz von Kernwaffen nicht aus (*The Japan Times* 2006c).

Der japanische Premierminister Abe bekräftigte jedoch mehrmals, Japan halte an seinen drei Prinzipien – kein Besitz, keine Produktion und keine Stationierung von Atomwaffen auf japanischem Territorium (Nabers 2000) – fest (Nikkei Net Interactive 2006c). Abe kündigte stattdessen an, den Aufbau des Raketenabwehrsystems zu beschleunigen. Der Baubeginn war für den März 2008 geplant. Dieser soll nun um mehrere Monate vorgezogen werden (FAZ, 10.10.06; FT, 26.10.06). Tokyo und Washington kooperieren seit 1998 an der Entwicklung eines solchen Systems. Die Zusammenarbeit ist als Ergebnis eines nordkoreanischen Raketentests im August 1998 zu sehen.

Dass aber selbst dem heutigen japanischen Premierminister – trotz seiner wiederholten Dementis – solche Überlegungen nicht fremd sind, zeigte sich, als er vor vier Jahren in der Funktion des stellvertretenden Kabinettssekretärs in einer Rede an der Waseda-Universität bemerkte, Japan könne Kernwaffen besitzen, „solange sie klein“ seien (BBC PF, 1.6.02). Zuletzt erregte Abe kurz vor der Amtsübernahme mit seinen Äußerungen über einen eventuellen Präventivschlag gegen nordkoreanische Raketenanlagen für Aufmerksamkeit.

Technisch ist es für Japan offenbar kein Problem Atomwaffen zu bauen. Der ehemalige Direktor für Öffentlichkeitsarbeit bei der IAEA, Yasuhiko Yoshida, sagte, Japan habe genug Plutonium und Uran, um innerhalb von sechs Monaten eine Bombe herzustellen. Der Direktor des privaten japanischen Forschungsinstitut ATWI meinte sogar, dies sei innerhalb einer Woche möglich (Prideaux/Nakamura 2006).

Auch in Südkorea gab es Stimmen, die versicherten, man sei zum Bau von Atombomben in der Lage. So erklärte ein Abgeordneter der oppositionellen Großen Nationalpartei nach einem Gespräch mit Wissenschaftlern, Südkorea könne binnen Jahresfrist Kernwaffen auf Uranbasis herstellen. Waffen auf Plutoniumbasis würden innerhalb mehrerer Jahre produzier- und einsetzbar sein, wenn Kontrollen der IAEA „nicht im Weg“ stünden. Der ehemalige Direktor des staatlichen Forschungsinstituts für Atomenergie (KAERI) Chang In-soon behauptete beides könne innerhalb eines Jahres hergestellt werden (Kim 2006).

Vor zwei Jahren kam auch heraus, dass Wissenschaftler des KAERI, welches Chang damals vorstand, ohne Wissen der südkoreanischen Regierung im Jahr 2000 heimlich Experimente zur Anreicherung von Uran durchgeführt hatten.

Die IAEA untersuchte daraufhin die Vorgänge, kam aber zu dem Schluss, es gebe keine Beweise für ein südkoreanisches Nuklearwaffenprogramm (WSJ, 2.9.04, 11.11.04). Hochangereichertes Uran, das auch eine der Sorgen um das iranische Atomprogramm, kann zum Bau von Nuklearwaffen verwendet werden.

Allerdings scheint eine atomare Aufrüstung Japans und Südkoreas kurzfristig eher unwahrscheinlich. Neben völkerrechtlichen – Japan und Südkorea als Unterzeichner des NVV ist es vertraglich verboten Atomwaffen herzustellen – gibt es z.B. in Japan nach wie vor verfassungsrechtliche Beschränkungen sowie aufgrund der Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki moralische Bedenken.

Solange die USA ihre bündnispolitischen Verpflichtungen glaubhaft zusichern und Japan und Südkorea davon überzeugt sind, gibt es keinen Grund zu einer Änderung der japanischen und südkoreanischen Atompolitik. Die Äußerungen des US-amerikanischen Präsidenten Bush und der Außenministerin Rice über die Fähigkeit und den Willen der USA, den Abschreckungs- und Sicherheitsverpflichtungen in voller Bandbreite nachzukommen, war eben nicht nur an Nordkorea gerichtet, sondern dürfte sich auch auf eine möglich aufkommende Aufrüstungsdebatte in Japan und Südkorea bezogen haben (IHT, 19.10.06; Nikkei Net Interactive 2006d).

Washington dürfte jedoch auch aus eigenem Interesse am (nicht-nuklearen) Status quo seiner Bündnispartner festhalten. Eine der wesentlichen Implikationen der Existenz US-amerikanischer Atomwaffen in Nordostasien ist, dass für Tokyo und Seoul kein Anlass bestehen soll, selbst nach Nuklearwaffen zu streben. Die USA stellen den „nuklearen Schutzschirm“ zur Verfügung und beide Partnerländer verzichten auf eigene Atomprogramme. Japanische und südkoreanische Atomwaffen dagegen würden die Notwendigkeit des US-amerikanischen Nuklearschirms wegfallen lassen und könnten damit die regionale Bündnisstruktur Washingtons auf Dauer unterminieren.

Zwar hat China an der Eindämmung seines Einflussbereichs in Nordostasien durch die Allianzen der USA kein Interesse. Von der Wirkung US-amerikanischer Nuklearwaffen auf mögliche atomare Aufrüstungsbemühungen Japans und Südkoreas (eventuell auch Taiwans) weiß jedoch auch die Führung in Beijing. Mit Russland im Norden, Pakistan und Indien im Südwesten sowie Nordkorea im Osten liegen bereits jetzt schon vier Atommächte direkt an der Grenze zur Volksrepublik. Weitere Nuklearstaaten im Osten (Japan, Südkorea) sowie im Südosten (Taiwan) der Volksrepublik würden den Einfluss und den Bewegungsrahmen für das aufstrebende China einengen und könnten chinesischen Interessen von

Frieden und Stabilität in der Region untergraben.

Schlussbetrachtung

Eine der großen Fragen nach dem nordkoreanischen Atomtest war, wie groß tatsächlich der Einfluss Chinas auf die politische Entscheidungsfindung in Nordkorea ist. Nordkorea, welches in wesentlichen Belangen von Beijing abhängig ist, hat nach den Raketentests vom Juli bereits zum zweiten Mal energische Warnungen der chinesischen Regierung missachtet und seinen Verbündeten damit wiederholt vor der Weltöffentlichkeit bloßgestellt. Die Anfang November bekannt gegebene Absicht Pyongyangs zu den Abrüstungsverhandlungen über sein Atomwaffenprogramm, die seit der Verhängung von US-amerikanischen Finanzsanktionen im September 2005 stillstanden, zurückzukehren, wurde als ein Erfolg der chinesischen Diplomatie und als Zeichen der Einflussmöglichkeit Chinas auf Nordkorea gewertet. Kurz zuvor war gemeldet worden, China habe im September, also nach den nordkoreanischen Raketentests, kein Öl nach Nordkorea ausgeliefert (IHT, 30.10.06). Der monatliche Ölexport nach Nordkorea betrug in diesem Jahr bislang etwa 50.000 Tonnen. Es war nicht klar, ob Nordkorea für diesen Monat kein Öl benötigte oder ob Beijing den Druck auf die nordkoreanische Regierung erhöhen wollte, um diese zur Rückkehr zu den Sechs-Parteien-Gesprächen zu bewegen. Die plötzliche und starke Abnahme der Ausfuhren zu einer sensiblen Zeit spricht wohl eher für die letztere These. Allerdings ist die Frage nach dem tatsächlichen Einfluss Chinas damit nicht abschließend beantwortet, da auch argumentiert werden kann, dass die nordkoreanische Führung trotz der mutmaßlichen Bestrafung Beijings ihr Vorhaben – den Atombombentest – fortgesetzt hat und ihre Position in den Verhandlungen nun soweit gestärkt sieht, dass ein aus Sicht Pyongyangs positiver Verlauf nicht mehr ausgeschlossen werden kann. So gibt es im Zusammenhang der nuklearen Nichtverbreitungspolitik der US-Regierung Anzeichen einer Politikverlagerung. Zwar ist ein Ziel der US-amerikanischen Sicherheitspolitik, nach wie vor den Besitz von Kernwaffen durch „Schurkenstaaten“ vorzubeugen; die Betonung der Bedrohung der USA durch die Proliferation nordkoreanischer Atomwaffen in den Wochen nach dem Test sowie Äußerungen von Bush (IHT, 13.10.06; CNN 2006) deuten jedoch eine Änderung dieser Politik an, nämlich den Handlungsfokus nun auf die Verhinderung der Weitergabe von Nuklearwaffen als auf die Verhinderung des Besitzes dieser zu verschieben.

Literatur

- Aden, Nathaniel (2006), „North Korean Trade with China as Reported in Chinese Customs Statistics: Recent Energy Trends and Implications“, August 2006. Online: <http://www.nautilus.org/fora/security/0679Aden.pdf> , (Aufruf: 15.10.06)
- CNN (2006), „Bush: ‘Grave consequences’ for North Korea nuke transfer“, 18.10.06. Online: <http://edition.cnn.com/2006/US/10/18/bush.interview.ap/index.html> (Aufruf: 20.10.06)
- Gerschewski, Johannes/Köllner, Patrick (2006), „Nach dem Atomtest: Der externe Druck auf Nordkorea nimmt zu“, in: *GIGA Focus Asien*, 11, S. 1-8
- Giese, Karsten (2006), „Nordkorea verursacht Gesichtverlust Beijings“, in: *China aktuell*, 35 (5), S. 103-104
- Harnisch, Sebastian (2003), „Nordkoreas nukleare Waffenprogramme: Entstehung, Fähigkeiten und die internationalen Bemühungen um ihre Eindämmung“, in: *Österreichische Militärische Zeitschrift*, 41 (2), S.149-162
- Hilpert, Hanns Günther/Möller, Kay (2006), „Der nordkoreanische Atomkonflikt: Eine Chronologie“, in: Diskussionspapier November 2006, 6.11.06. Online: <http://www.swp-berlin.org/de/produkte/diskussionspapier.php?PHPSESSID=b5c2cb2562ce5af5ee6d93b6aa24c2c3&id=2570> (Aufruf: 8.11.06)
- ICG = International Crisis Group (2006), „Perilous Journeys: The Plight of North Koreans in China and beyond“, Asia Report No. 122, 26.10.06. Online: http://www.crisisgroup.org/library/documents/asia/north_korea/erilous_journeys__the_plight_of_north_koreans_in_china_and_beyond.doc (Aufruf: 28.10.06)
- Kim, Tae-gyu (2006), „Seoul Can Build A-Bombs Within 1 Year“, in: *The Korea Times*, 16.10.06. Online: <http://times.hankooki.com/lpage/200610/kt2006101617211910440.htm> (Aufruf: 16.10.06)
- Kim, Yongho (2002), „North Korea’s Use of Terror and Coercive Diplomacy: Looking for their Circumstantial Variants“, in: *The Korean Journal of Defense Analysis*, 14 (1), S.45-67
- KCNA = Korean Central News Agency
- Korean Central News Agency (2006a), „DPRK Foreign Ministry Clarifies Stand on New Measure to Bolster War Deterrent“, 4.10.06. Online: <http://www.kcna.co.jp/index-e.htm> (Aufruf: 4.10.06)
- KCNA (2006b), „DPRK Successfully Conducts Underground Nuclear Test“, 10.10.06. Online: <http://www.kcna.co.jp/index-e.htm> (Aufruf: 13.10.06)

- Köllner, Patrick (2006), „Politik und Wirtschaft Nordkoreas 2005/2006“, in: Köllner, Patrick (Hg.), *Korea 2006. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: IFÄ, S. 121-122
- Lankov, Andrei (2006), „The Natural Death of North Korean Stalinism“, in: *Asia Policy*, 1 (1), S.95-121
- Mauß, Hanns W. (2002), „'Zombiestaat' Nordkorea. Zum Umgang mit schlecht regierten Staaten“, in: *Internationale Politik*, 57 (8), S.10-16
- Nabers, Dirk (2000), *Kollektive Selbstverteidigung in Japans Sicherheitsstrategie*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- Nikkei Net Interactive (2006a), „Aso Says Discussion Of Possessing Nuclear Weapons ‚Important““, 18.10.06. Online: <http://www.nni.nikkei.co.jp/> (Aufruf: 18.10.06)
- Nikkei Net Interactive (2006b), „Japan Has No Intention Of Joining Nuclear Club: Foreign Minister“, 19.10.06. Online: <http://www.nni.nikkei.co.jp/> (Aufruf: 19.10.06)
- Nikkei Net Interactive (2006c), „Japan Will Stick To Non-Nuclear Principle: Abe“, 10.10.06. Online: <http://www.nni.nikkei.co.jp/> (Aufruf: 10.10.06)
- Nikkei Net Interactive (2006d), „Japan, U.S., S. Korea Foreign Ministers Meet In Seoul Over N Korea Nukes“, 19.10.06. Online: <http://www.nni.nikkei.co.jp/> (Aufruf: 19.10.06)
- Nikkei Net Interactive (2006e), „Abe, Hu Make ‚New Start‘ To Thaw Japan-China Ties In Beijing Summit“, 8.10.06. Online: <http://www.nni.nikkei.co.jp/> (Aufruf: 8.10.06)
- Prideaux, Eric/Nakamura, Akemi (2006), „Japan may not want to go nuclear but it's no technical hurdle: analysts“, in: *The Japan Times*, 11.10.06
- Quinones, Kenneth C. (2006), „Reconciling Nuclear Standoff and Economic Shortfalls: Pyongyang's Perspective“, in: Kihl Young Whan/Kim Hong Nack (Hg.), *North Korea – The Politics of Regime Survival*, M.E. Sharpe: New York
- The Japan Times*(2006a), „Japan ready to back Ban as U.N. secretary general“, 3.10.06
- The Japan Times*(2006b), „China weighs cutting food, oil supplies to North Korea“, 22.10.06
- The Japan Times*(2006c), „LDP policy chief calls for debate on nuke options“, 16.10.06
- UNSC = United Nations Security Council
- United Nations Security Council (2006), „Resolution 1718 (2006)“, 14.10.06. Online: <http://daccess-ods.un.org/TMP/4648542.html> (Aufruf: 22.10.06)